

„Konsequenz von jahrelangen Zickzackkursen“



Grenz Echo - 22 Dec. 2015
Pagina 4

Wie stehen Sie generell zur Atomkraft? Ich befürworte einen ausgeglichenen Energiemix, in dem der Anteil an grünem Strom erhöht und der an Nuklearenergie reduziert wird. Außerdem soll der Anteil an aus Braunkohle gewonnenem Strom gänzlich verschwinden. Wie bewerten Sie die Entwicklung in diesem Bereich in den letzten Jahren? Seit dem ...

Wie stehen Sie generell zur Atomkraft?

Ich befürworte einen ausgeglichenen Energiemix, in dem der Anteil an grünem Strom erhöht und der an Nuklearenergie reduziert wird. Außerdem soll der Anteil an aus Braunkohle gewonnenem Strom gänzlich verschwinden.

Wie bewerten Sie die Entwicklung in diesem Bereich in den letzten Jahren?

Seit dem Beschluss der Regenbogenkoalition im Jahr 2003, aus der Kernenergie auszusteigen, haben die Regierungen danach - sowohl auf regionaler als auch auf föderaler Ebene - keine Maßnahmen mehr ergriffen, die den Ausbau erneuerbarer Energien entscheidend beeinflusst hätten. Zwar bezahlt der Endverbraucher die Investitionen in alternative Energieproduktionen und der meisten Energielieferanten - dabei handelt es sich ja oft um Interkommunalen -, jedoch macht die Kernenergie immer noch 49 Prozent der Stromproduktion in Belgien aus. Darüber hinaus verbrauchen die Belgier mehr Strom, als hierzulande produziert wird. Bis zu 30 Prozent an Energie wird aus dem Ausland importiert. Vor allem aus Frankreich, einem Land, das seine Produktion aus Atomstrom in den kommenden Jahren noch ausweiten wird.

Zuletzt wurden die Reaktoren Tihange 2 und Doel 3 wieder hochgefahren, obschon erhebliche Zweifel an der Sicherheit bestehen. Was sagen Sie dazu?

Diese Entscheidung wurde nicht von der Föderalregierung gefällt, sondern obliegt einzig und allein der föderalen Atomaufsichtsbehörde. Diese entscheidet völlig unabhängig, ob ein Kraftwerk als sicher gilt oder nicht. Ich erinnere auch daran, dass im Fall von Tihange 2 und Doel 3 die Entscheidung von international anerkannten Experten mitgetragen wurde.

Nachdem die beiden genannten Reaktoren wieder am Netz sind, hätte man doch sicherlich auf die Laufzeitverlängerung der alten Meiler Doel 1 und Doel 2 verzichten können, oder?

Diese Entscheidung ist die Konsequenz von jahrelangen Zickzackkursen in Sachen Energiewende und der missglückten „Öffnung“ des Energiemarktes. Diese hat eben nicht zu niedrigeren Preisen geführt. Außerdem gibt es auf dem Energiemarkt immer noch zu wenig Anbieter, die langfristig mit alternativen Energieproduktionen wettbewerbsfähig geblieben sind. Somit blieb man von der Atomkraft abhängig, und wenn man dann mehrere Reaktoren abschalten muss, steigt zwangsläufig das Risiko eines Versorgungsengpasses.

Wie hätte man das handhaben sollen?

Ich persönlich habe seit meinem Einzug in die Kammer im Jahr 2007 dafür plädiert, Investitionen in den Zusammenschluss von Stromnetzen zu fördern und die Überlebensfähigkeit von anderen Bereichen neben den „klassischen“ grünen Energieformen sicherzustellen. Ob dies die Entscheidung, die Laufzeit von Doel 1 und Doel 2 zu verlängern, abgewendet hätte, weiß ich nicht. Ich hätte mir es aber gewünscht.

Zuständig in dieser Frage ist in der Föderalregierung Energieministerin Marie Christine Marghem, eine Parteikollegin von Ihnen. Unterstützen Sie sie?

Ich habe eigene Ansichten in Sachen Energiepolitik, die ich meiner Ministerin regelmäßig mitteile, und ich versuche, diese bei ihren Entscheidungen miteinzubringen. Ich habe mich dem gesamten Regierungsabkommen verschrieben und werde es respektieren.

Tut Belgien inzwischen genug für den Ausbau erneuerbarer Energien?

Es gibt den neuen Fonds zur Förderung alternativer Energieformen. Das kommt zum Beispiel der Off-Shore-Windkraft zugute. Auch in die Erforschung neuer Energiequellen muss investiert werden. Problematisch ist vor allem, dass wir in Belgien noch keine ideale Alternativenergie gefunden haben, um den jetzigen Verbrauch ohne Atomstrom abzudecken. Im Sommer habe ich eine fast schon hundert Jahre alte Studie des Physikers Nikola Tesla über den Ausbau von Magnetfeldern gelesen. Hier gibt es zum Beispiel Potenziale, die noch nicht erforscht worden sind.

Problematisch ist in diesem Fall ja auch das Kompetenzgerangel, denn Energiepolitik fällt eigentlich in die Zuständigkeit der Regionen.

Die Regionen haben in dieser Frage die meisten Hebel in der Hand. Sie müssen eine langfristige und verlässliche Energiepolitik betreiben. Ich erinnere nur ungern an die katastrophale Handhabung der Fotovoltaikunterstützung, die ja von einem Grünen initiiert wurde. Außerdem kommt der Löwenanteil der Energierechnung den Energielieferanten, also meist Interkommunalen, zugute. (sc)